

«Bodeninitiative ist Zwängerei»

Abstimmung Die Gegner der Bodeninitiative lancierten gestern ihre Kampagne und gehen mit dem Vorschlag hart ins Gericht.

VON NILS WIDMER

«Die neue Bodeninitiative ist schlicht unnötig», sagt Andreas Zappalà (FDP) vom Komitee «Nein zur Bodeninitiative». Gegen die Initiative zur Wehr setzt sich eine Allianz aus den bürgerlichen Parteien CVP, FDP, LDP und SVP, sowie mehreren Hauseigentümer- und Wirtschaftsverbänden.

Die Initianten wollen, dass der Kanton Basel-Stadt grundsätzlich keinen Boden mehr verkauft. Dabei sieht die Initiative eine Ausnahmeregelung vor: Ein Verkauf ist zulässig, wenn er innerhalb der folgenden fünf Jahre durch einen Kauf von vergleichbaren Grundstücken ausgeglichen wird. Anstelle dieser Verkäufe soll der Boden laut den Initianten im Baurecht abgegeben werden. Dies bedeutet, dass der Kanton seine Grundstücke nicht verkauft, sondern für eine bestimmte Dauer «vermietet».

Die Initiative entspricht dem Gegenvorschlag des Regierungsrats zur ursprünglichen Bodeninitiative, welche 2013 vom Grossen Rat abgelehnt und darauf von den Initianten zurückgezogen wurde. «Die Forderungen entsprechen deshalb der bereits herrschenden Praxis und schränken den Kanton in seiner Handlungsfreiheit ein», sagt Zappalà. Martina Bernasconi (GLP) findet, dass die Initiative ihr ursprüngliches Ziel verfehlt. «Es ist ein grundsätzlicher Irrtum der Initianten, dass die Abgabe von Boden im Baurecht zu günstigeren Wohnkosten führen würde», sagt Bernasconi. Günstiger werde das Wohnen nur, wenn der Staat das

Baurecht auch noch zu entsprechenden Konditionen abgäbe. Laut der Grossrätin entstünde bei einer allfälligen Annahme der Initiative keine einzige soziale Wohnung zusätzlich. Zudem habe das 2013 angenommene «Wohnraumförderungsgesetz» für gemeinnützigen Wohnungsbau bereits grössere Subventionierungen vorgesehen. Nicht zuletzt übt sie Kritik daran, dass der Kanton bereits vierzig Prozent des Bodens besitzt und durch die Initiative nur dazu angehalten würde, noch mehr Boden zu horten.

Cramer wirft Willkür vor

Auch die Fünf-Jahres-Regelung ist den Gegnern ein Dorn im Auge. Laut Conradin Cramer (LDP) hat diese gleich mehrere Schwachstellen. Er kritisiert, dass der Vergleich, wie viel Boden der Kanton besitzt, nur an einem Stichtag stattfindet. Alles was dazwischen geschehe, sei egal. Auch das qualitative Kriterium der Initianten sei rein willkürlich. Nach diesem werden die Liegenschaften nach Standort unterschieden. Ob es sich innerhalb dieser Zonen um Wohn- oder Gewerbebauten handelt, wird von der Initiative ausser Acht gelassen. «Die Regelung funktioniert so nicht», sagt Cramer.

Michel Molinari vom Schweizerischen Verband für Immobilienwirtschaft (SVIT) sorgt sich um den Wirtschaftsstandort Basel. Die Initiative nähere den Boden für Spekulationen und führe zu steigenden Wohnungskosten. Nach einer allfälligen Annahme wäre der Kanton dazu verpflichtet, auf dem Markt mit anderen Kaufinteressierten zu konkurrieren, was sich preistreibend auswirken könnte. «Damit wird der ohnehin schon teure Basler Boden vergoldet», sagt Molinari.

Das Basler Stimmvolk befindetet über die Bodeninitiative in der Abstimmung vom 28. Februar.

«Mit dieser Initiative wird der ohnehin schon teure Basler Boden vergoldet.»

Michel Molinari
Präsident SVIT